

**Liebe Mitglieder des LSBB,
Werte Gäste,**

seit unserem Plenum am 19.03. haben wichtige bedeutungsvolle Ereignisse stattgefunden.

**Wir haben seit dem 06.05., im Ergebnis der Wahlen zum 21. Deutschen Bundestag, eine neue Bundesregierung.
Die Zuständigkeit für Senioren hat jetzt Karin Prien (CDU, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend).**

Wir hatten uns in der Zeit vor der Wahl zum Deutschen Bundestag, den Wahlprüfsteinen der BAGSO-Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen angeschlossen.

Unsere Forderungen bezogen sich auf die Gewährleistung der Existenzsicherung und Teilhabe, auf die Stärkung der Rechte älterer Menschen, auf die Förderung Digitaler Teilhabe, auf die Stärkung der Altenhilfe, auf Bezahlbares und alternsgerechtes Wohnen, auf die Sicherstellung von Barrierefreiheit und Mobilität, die Förderung von Engagement und Partizipation und insbesondere auf die Sicherung der bedarfsgerechte Sorge und Pflege.

Diese Forderungen in den Wahlprüfsteinen stehen auch in Fokus unserer Seniorenpolitik für Berlin.

Inzwischen hat nun auch vom 10.-12.04., der 14. Deutsche Seniorentag in Mannheim stattgefunden. Einige von uns haben als Besucher, als Berater und Aussteller teilgenommen.

Unter dem Motto "Worauf es ankommt" drehte sich alles um die Frage, wie ein gutes Leben im Alter gelingen kann und welche Maßnahmen dafür notwendig sind. Unter diesem Motto formulierten die Engagierten aus den BAGSO-Verbänden in der „Mannheimer Erklärung“ ihr Selbstverständnis als aktiver Teil der Zivilgesellschaft. Zugleich richtet sich die „Mannheimer Erklärung“ an Politik und Gesellschaft. Sie fordert, die Kompetenzen und Ressourcen der Älteren für die Lösung der anstehenden Aufgaben mehr in den Blick zu nehmen, ein differenziertes, zeitgemäßes Bild vom Alter zu fördern, sowie Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzuwirken.

Die BAGSO ruft die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag angekündigten „tiefgreifenden strukturellen Reformen“ ohne Scheuklappen anzugehen. Das können wir nur unterstützen.

Wir haben uns in den Vorstandssitzungen am 25.03. und 29.04. über die Veranstaltungen und Vorhaben mit seniorenpolitischer Relevanz verständigt

und das heutige Plenum vorbereitet. Am 29.04. fand zudem die AG Koordinierung auf Einladung der Senatsverwaltung für ASGIVA statt.

Seniorenpolitisch relevant ist z.B. die aktuelle Verkehrspolitik.

Zentrales Anliegen im Bereich Mobilität war eine höhere Verkehrssicherheit.

Hierzu haben wir uns in zwei Pressemitteilungen, im Fußverkehrsgremium des Landes Berlin sowie in Zusammenarbeit mit anderen Gremien und Institutionen engagiert. Unsere Forderungen wie:

Seniorengerechtere Ampeln: Anpassung der Schaltzeiten an geringere Gehgeschwindigkeiten, weniger gleichzeitiges Grün von einbiegenden Fahrzeugen bei Fußgängergrün, mehr sichere Haltestellen: Beim Ein- und Aussteigen keine Auto- und Radverkehr, sichere Überquerungsmöglichkeiten über die Fahrbahn, mehr Sanktionen von Gehwegfahren mit Rad- und E-Scooter, waren nur einige Themen die uns wichtig sind.

Wir mussten aber bereits feststellen, dass der Ausbau der Barrierefreiheit bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben nur noch schleppend vorangeht, besonders der von Bushaltestellen.

Neuerlicher Anlass war die angekündigte, in Vorbereitung befindliche Rücknahme von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen.

Welche Straßen von Tempo 30 wieder auf Tempo 50 von der Senatsverwaltung für Verkehr genehmigt werden, steht noch nicht fest.

Wir bestehen auf Beibehaltung von Tempo 30 auf 30 bekannten Straßenabschnitten. Wir wissen, immer wenn auf Berlins Straßen das Tempo steigt, sinkt die Mobilität älterer Menschen. Bei 30 fällt ihnen Automobilität leichter als bei 50. Ältere zu Fuß sind im Berliner Verkehr am stärksten gefährdet. Gründe wie höhere Sicherheit, verbesserte Luftqualität und Lärmschutz, aber auch höhere Barrierefreiheit auf Fahrbahnen, die bei 50 schwieriger zu überqueren sind, sprechen für sich. Mit Nachdruck wenden wir uns an Senatorin Bonde: „Steigern Sie die Sicherheit, die Mobilität und das Wohlbefinden Älterer, indem Sie Tempo 30 auf 30 Straßenabschnitten belassen.“

Relevant wurde auch die Bewilligung der „Hilfen zur Pflege“ durch die Bezirksämter. Ein Problem das seit Jahren besteht.

Menschen, die sich die Kosten für Pflegeheim oder ambulante Pflege nicht leisten können, haben Recht auf die Sozialleistung „Hilfe zur Pflege“. Doch in vielen Berliner Ämtern stauen sich die Anträge.

Sie begründen die langen Wartezeiten mit einem Anstieg der Anträge bei gleichzeitigem Personalmangel. Eines der Hauptprobleme sei die fehlende Mitwirkung der Antragsteller. In vielen Fällen lägen die erforderlichen Unterlagen nicht vollständig oder in nicht verwertbarer Qualität vor. Problematisch sei, dass die Leistungen der Hilfe zur Pflege nicht deckungsgleich mit denen der Pflegeversicherung seien. Das habe zur Folge,

dass die Bezirke in jedem Fall zwingend eine Bedarfsprüfung vornehmen müssten.

Den Mitgliedern der Seniorenvertretungen ist das Problem schon lange bekannt.

Der LSBB erwartet von der Senatsverwaltung ASGIVA, dass umgehend eine Steuerung der Personalsituation in den Schlüsselbereichen Materieller Hilfen erfolgt. Da es bekanntermaßen ein bundesweites Problem ist, empfehlen wir den zuständigen Senatsverwaltungen, beim Bund eine Reformierung des Systems einzufordern.

Mit großem Interesse haben wir die 4 Schriftlichen Anfragen von Abgeordneten des AGH zur Kenntnis genommen.

Carsten Schatz (LINKE)- Aktueller Stand der Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz

Catrin Wahlen (GRÜNE)- Neunter Altersbericht: Welche Schlussfolgerungen zieht der Berliner Senat?

Sebahat Atli, Lars Düsterhöft (SPD)- Stand Altenhilfestrukturgesetz

Dr. Alexander King-Wann kommt das Berliner Altenhilfestrukturgesetz?

Einige Inhalte daraus:

Die Novellierung des BerlSenG soll aus der Mitte des Abgeordnetenhauses erfolgen.

Das Vorhaben aus den Richtlinien der Regierungspolitik für Berlin ein Altenhilfestrukturgesetz zu erarbeiten, findet auf Seite 260 des 9.

Altersberichtes Berücksichtigung. So wird erwähnt, „dass es in der Berliner Landesregierung und in den Berliner Senatsfraktionen einen parteiübergreifenden Grundkonsens über die Zielstellung zugeben (scheint) die Altenhilfe zu modernisieren“. Zitat Ende

Unsere Themen werden aufgegriffen und sind in die Debatten gekommen.

Inzwischen haben alle relevante Senatsverwaltungen ihre Stellungnahme zum Referentenentwurf bei SenWGP abgegeben. Darüber erfolgte eine Verständigung zu den Hinweisen und gegebenenfalls eine Einarbeitung in den Entwurf. Die Verständigung mit der SenFin steht noch aus, bevor der Entwurf in die Senatorenrunde zum Regierenden Bürgermeister gehen kann.

Peter Stawenow, Joachim Jetschmann vom Redaktionsteam, Erwin Bender und ich, bemühen uns gemeinsam um einen Gesprächstermin bei SenFin, um über finanzielle Auswirkungen des Gesetzesvorhaben aufzuklären.

In der Kern AG und den Untergruppen zur Altenhilfeplanung, Richtwerten und Standards, Produkte der Altenhilfe sowie Einzelleistungen wird in der Zwischenzeit kontinuierlich weitergearbeitet, um die entsprechenden Ausführungsbestimmungen abzustimmen.

In der Tat kann man mitunter den Eindruck gewinnen, dass es keinen, wenn auch nur irgendeinen kleinen Fortschritt mit dem Gesetz geben wird.

„Was wollen wir da beraten, wenn keine Bereitschaft besteht, die Ü60-Gesellschaft in der Stadt angemessen wahrzunehmen? Die Prioritäten sind andere“. Das schrieb in großer Sorge ein Mitglied der SV Friedrichshain-Kreuzberg.

Wir alle hatten keine Erfahrungen, wie ein Gesetz entsteht und in Kraft treten kann. Wir haben trotzdem einen Entwurf erarbeitet, weil es notwendig war und wir handeln mussten, weil die Politik es nicht tat. Damit haben wir eine Alleinstellung in der Bundesrepublik. Es ist ein komplexer anspruchsvoller und wie wir jetzt wissen, zeitraubender Prozess, mit vielen Unsicherheiten und Bedenkenträger. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wird Berlin die Finanzierung gesetzlich übernehmen müssen.

Das werden die Senatsverwaltungen so oder so. Denn werden die Unterstützungsleistungen an die Anspruchsberechtigten nicht gezahlt, erhöhen sich Ausgaben in allen Ressorts nicht nur im Gesundheitsbereich.

Wir haben in diesem Prozess viel gelernt und sind schon weit!

Nach Berichten der Redaktionsgruppe "Altenhilfestrukturgesetz" in den monatlichen Sitzungen der Landesseniorenvertretung hat sich ein Arbeitskreis aus Mitgliedern der bezirklichen Seniorenvertretungen (bisher: Lichtenberg, Mitte, Tempelhof-Schönberg, Treptow-Köpenick, Charlottenburg-Wilmersdorf, Neukölln) konstituiert. Der Arbeitskreis führt die Bezeichnung Bezirks Haushalts und Produktkatalog der Bezirke. Er wird sich mit der Finanzausweisung des Senats für die Bezirke (Globalsummenzuweisung) der Haushaltsjahre 2026 und 2027 befassen. Den Mitgliedern des Arbeitskreises liegt ein Katalog von Haushaltstiteln als Grundlage für die bezirklichen Haushaltsberatungen vor, dem auch die Altenhilfe nach § 71 SGB XII als sogenannte freiwillige Sozialleistung zugeordnet ist. Ziel des Arbeitskreises ist es, die Angebote, Maßnahmen und Sozialleistungen für ältere Menschen im nächsten Doppelhaushalt finanziell zu sichern. Die noch nicht im Arbeitskreis vertretenen Seniorenvertretungen sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Die Organisation des Arbeitskreises wird von Joachim Jetschmann koordiniert.

Der Vorstand des LSBB hat sich um Gesprächstermine mit den Fraktionen von CDU und SPD bemüht. Dabei stehen die Gesetzesvorhaben im Mittelpunkt.

Ein erstes Gespräch fand bereits am 7. Mai mit Dirk Stettner, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion Berlin, sowie Björn Wohlert, dem sozialpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, statt. Dabei konnten die Positionen der Seniorenmitwirkungsgruppen sachlich und umfassend dargestellt werden. Ein weiteres Gespräch ist für den 20. Juni mit Raed Saleh, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, geplant.

Wir werden diesen Prozess weiterhin konstruktiv begleiten – mit dem Ziel, die Mitwirkungsmöglichkeiten älterer Menschen in Berlin nicht nur zu erhalten, sondern nachhaltig zu stärken.

Gleichzeitig haben wir den Kontakt zu den Seniorenorganisationen der Parteien LINKE und Bündnis90Die Grünen aufgenommen. Mit unseren Gesetzesinitiativen verweisen wir sowohl auf die zwingend notwendigen Aktualisierungen, als auch auf die Erfordernisse zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen.

Liebe LSBB Mitglieder,

Wie bekannt ist der LSBB Mitglied im Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin e.V.

Eine Fokusgruppe zur Erarbeitung einer Berliner Engagementstrategie hat nun ein Positionspapier zur Fortschreibung der Berliner Engagementstrategie 2020-2025 erarbeitet.

Seit November 2024 haben dafür die Mitgliedsorganisationen des Netzwerks, die vielfältige Perspektiven aus der Berliner Engagement Landschaft eingebracht.

Das Papier versteht sich als zivilgesellschaftlicher Impuls für die Fortschreibung einer Engagementstrategie, die aus Sicht der Zivilgesellschaft ressortübergreifend wirken muss. Denn Engagement betrifft nahezu alle Bereiche städtischen Lebens – von Bildung, Integration und Soziales bis hin zu Umwelt, Stadtentwicklung und Kultur. Was wäre Engagement ohne die Senior*innen dieser Stadt!

Denn Engagement - ist Demokratieförderung, wichtiger denn je.

LSBB und LSV sind gefragt in der Berliner Stadtgesellschaft.

So haben wir wieder zahlreiche Einladungen zu Veranstaltungen und Aktionen von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft erhalten.

Aktuell- ist der Monitoring Bericht 2024, der Pflegebeauftragten des Landes Berlin erschienen.

Eine Auswahl von Terminen:

22.05., 10:00-15:00 Uhr- 16. Seniorenmesse in Tempelhof-Schöneberg

24. Juni 10:00 bis 12:00 Uhr (digital)- Ausfallmanagement in der Pflege: Beispiele aus der Praxis

16. bis 18. September 2025 – Deutscher Fürsorgetag in Erfurt.

Die 51. Berliner Seniorenwoche vom 21.06.-28.06. ist in der unmittelbaren Vorbereitung. Unter dem Motto „Seniorenwoche 2025 - miteinander im Kiez“ werden die Seniorenmitwirkungsgruppen engagiert zu ihrem Erfolg beitragen.

Bitte nehmen Sie zukünftige Einladungen wahr und berichten Sie dem Vorstand über die Ergebnisse. Dann kann dieser Bericht des Vorstandes mit weiteren Informationen bereichert werden.

**Eveline Lämmer
Vorsitzende**